



dokumentation

Fachtagung „Care, Arbeit, Zukunft – wer kümmert sich morgen und wie wird's gerecht?“

22. Mai 2025, 9.30 bis 16.15 Uhr



CARE WER KÜMMERT SICH MORGEN ARBEIT UND WIE WIRD'S GERECHT? ZUKUNFT



zukunftsforschungsinstitut
familie e.v.

BEGRÜSSUNG

Gleichstellung ist kein Selbstläufer – im Gegenteil: Unter dem Druck konservativer und neoliberaler Kräfte geraten soziale Sicherungssysteme, öffentliche Daseinsvorsorge und feministische Errungenschaften zunehmend ins Wanken. Zugleich steigen die Anforderungen im Berufsleben: mehr Flexibilität, mehr Verfügbarkeit, längere Arbeitszeiten. Viele Menschen geraten dadurch an ihre Grenzen – besonders jene, die zusätzlich Care-Arbeit leisten.

Noch immer tragen überwiegend Frauen die Hauptverantwortung für Kinderbetreuung, Haushalt und Pflege – oft unbezahlt und unsichtbar. Sie arbeiten häufiger in Teilzeit, unterbrechen ihre Erwerbsbiografien – nicht immer aus freier Entscheidung, sondern weil gesellschaftliche Strukturen sie dazu drängen. Die Folgen sind weitreichend: finanzielle Abhängigkeit, Altersarmut und gesundheitliche Belastungen. Studien zeigen: Verheiratete Mütter haben eine geringere Lebenserwartung als kinderlose, unverheiratete Frauen. Bei Männern ist es umgekehrt – Ehe und Vaterschaft wirken lebensverlängernd. Das weist auf ein tiefgreifendes strukturelles Ungleichgewicht

hin. Care-Arbeit wird politisch oft als private Angelegenheit behandelt – als etwas, das im Hintergrund irgendwie „mitläuft“. Dabei ist sie essenziell für das Funktionieren unserer Gesellschaft.

Wir brauchen endlich echte Lösungen: kürzere Vollzeit, sorgensensible Arbeitszeiten, partnerschaftliche Vereinbarkeit. Stattdessen diskutieren wir über längere Erwerbsarbeitszeiten, während die Sorgearbeit weiterhin im Schatten bleibt. Wer bringt die Kinder zur Musikschule und zum Sport? Wer kümmert sich, wenn Kita und Schule schon mittags schließen? Und wer kümmert sich um die pflegebedürftige Mutter, wenn die Pflegekraft selbst Kinder zu betreuen hat? Besonders hart trifft das Alleinerziehende, pflegende An- und Zugehörige oder Familien mit geringem Einkommen. Für sie sind Vereinbarkeitsprobleme nicht nur organisatorisch, sondern existenziell.

Die Frage, wer sich morgen kümmert – und unter welchen Bedingungen –, betrifft uns alle. Welche Antwort(en) wir darauf finden, kann über soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung entscheiden und darüber, wie lebendig unsere Demokratie bleibt.

Britta Altenkamp
Vorsitzende des Zukunftsforum
Familie e.V. (ZFF)



GRUSSWORT

Im Mittelpunkt der Fachtagung steht die Frage, wer in Zukunft Care-Arbeit übernimmt und wie diese gerechter zwischen den Geschlechtern und innerhalb der Gesellschaft verteilt werden kann. Klar ist: Unsere gesellschaftliche Entwicklung hängt maßgeblich davon ab, wie wir mit dieser Herausforderung umgehen.

Noch immer leisten Frauen den überwiegenden Teil unbezahlter Care-Arbeit – im Durchschnitt rund 44 % mehr als Männer. Besonders Mütter tragen häufig die Hauptverantwortung für die Betreuung kleiner Kinder, aber auch in der häuslichen Pflege sind es in der Regel Frauen, die die Versorgung übernehmen – oft mit der Folge, dass sie ihre Erwerbstätigkeit reduzieren oder ganz aufgeben.

Gleichzeitig zeigt sich ein Wandel in den Vorstellungen: Viele Eltern wünschen sich eine partnerschaftlichere Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Väter möchten mehr Zeit mit ihren Familien verbringen, Mütter wünschen sich ein auskömmliches und absicherndes Einkommen. Dieses Ideal einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung wird aber oft noch nicht gelebt.

Unser Ziel sollte es also sein, Paare in ihrem Wunsch nach partnerschaftlicher Vereinbarkeit zu unterstützen. Wir müssen unsere Instrumente so ausrichten, dass die Übernahme von Care-Arbeit für beide Geschlechter möglich wird.

*Dr. Thomas Metker
Unterabteilungsleiter Familie
und Digitales im BMBFSFJ*

Wichtig sind gute Rahmenbedingungen wie z. B. eine verlässliche und qualitativ hochwertige Betreuungsinfrastruktur und das Elterngeld. Der Koalitionsvertrag sieht sowohl Investitionen in den Ausbau der Kinderbetreuung als auch eine Weiterentwicklung des Elterngeldes vor, auch um mehr Anreize für Partnerschaftlichkeit zu setzen. Zudem ist eine familienfreundlichere Arbeitswelt entscheidend – mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, die ihre Beschäftigten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen. Hier setzt auch unser Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ an.

Auch im Bereich der Pflege stehen wir vor großen Herausforderungen. Millionen Menschen in Deutschland pflegen Angehörige – viele davon neben dem Beruf, die meisten von ihnen Frauen. Das Familienpflegezeitgesetz und das Pflegezeitgesetz eröffnen Beschäftigten Freistellungsansprüche für die Pflege naher Angehöriger in häuslicher Umgebung. Auch hier sieht der Koalitionsvertrag Reformen vor, um Pflegende zu entlasten.

Familien die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie in ihrer jeweiligen Lebenssituation brauchen – das ist eine Aufgabe, die uns alle angeht. Diese Fachtagung bietet die Gelegenheit, unterschiedliche Perspektiven zusammenzubringen, Erfahrungen zu teilen und gemeinsam über tragfähige Lösungen nachzudenken. Der Austausch heute ist ein wichtiger Schritt, um Care-Arbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe neu zu denken – vielen Dank dafür!



Handlungsempfehlungen aus der Fachtagung

„Die Frage, wer sich morgen kümmert – und unter welchen Bedingungen –, betrifft uns alle. Welche Antwort(en) wir darauf finden, kann über soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung entscheiden und darüber, wie lebendig unsere Demokratie bleibt.“

Britta Altenkamp

Gesellschaftliche Neubewertung und gerechte Verteilung von Arbeit vorantreiben

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: Erwerbsarbeit darf nicht länger als alleiniger Maßstab für gesellschaftliche Teilhabe und Leistung gelten. Stattdessen braucht es eine umfassende Neubewertung und Umverteilung von Arbeit.

Care-Arbeit muss als gleichwertiger Bestandteil gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung anerkannt und politisch gestärkt werden – sowohl im privaten als auch im professionellen Bereich. Dafür braucht es eine neue Vollzeitnorm, die privater Sorgearbeit Raum gibt. Denn: Fürsorge ist keine individuelle Angelegenheit. Sie ist die Grundlage einer solidarischen und zukunftsfähigen Gesellschaft.

In der politischen und gesellschaftlichen Debatte sollte Solidarität nicht allein auf familiäre oder ehrenamtliche Sorgearbeit reduziert werden. Erforderlich ist ein neues Verständnis von Solidarität als staatlich verankertes Prinzip, das moderne Gesellschaften zusammenhält und die Organisation von Sorgearbeit zukunftsfähig macht. Dazu braucht es eine Stärkung der bestehenden Sozialversicherungssysteme sowie die Einführung neuer Instrumente wie eines armutsfesten sozial gerechten Familienpflegegeldes.

Die kollektive Interessenvertretung der Beschäftigten in den SAGE-Berufen muss gezielt gestärkt werden. Eine stärkere gewerkschaftliche Präsenz und Mitbestimmung würde es den Beschäftigten ermöglichen, gemeinsam bessere Arbeitsbedingungen auszuhandeln. Gleichzeitig würde dies die Attraktivität der Leiharbeit verringern, da Stammarbeitsplätze unter fairen Bedingungen wieder an Bedeutung gewinnen könnten.

Mehr Zeit für Care

Eine zukunftsfähige Zeitpolitik erfordert Arbeitszeitmodelle, die Sorgeverantwortung und individuelle Lebensphasen berücksichtigen. Ziehungsrechte, Rückkehroptionen und gesetzlich verankerte Zeitbudgets für selbstbestimmte Lebensabschnitte sind dabei zentrale Instrumente. Auch Übergangsmodelle und flexible Teilzeitregelungen müssen so gestaltet sein, dass sie nicht zu Nachteilen bei Karriere und Einkommen führen.

Zeitpolitische Maßnahmen können nur dann wirksam sein, wenn sie intersektional ausgerichtet sind. Armut, Migration, Behinderung, Geschlecht und andere Diversitätsdimensionen müssen systematisch mitgedacht werden, um ungleiche Zugänge zu Zeitressourcen nicht weiter zu verstärken.

Statt starrer Normbiografien braucht es „atmende Lebensläufe“, die Care-Phasen selbstverständlich integrieren und nicht als Brüche im Erwerbsverlauf interpretieren. Überholte Leitbilder von Erwerbs- und Familienbiografien dürfen dabei nicht länger handlungsleitend sein.



Arbeitsbedingungen in SAGE-Berufen verbessern

Um dem Fachkräftemangel etwa in der frühkindlichen Bildung oder der Altenpflege wirksam zu begegnen, braucht es gezielte Nachwuchskampagnen, erleichterte Quer- und Seiteneinstiege sowie den Ausbau multiprofessioneller Teams. Flexible Arbeitszeitmodelle, wie Tandemleitungen und familienfreundliche Maßnahmen für die Beschäftigten können zusätzlich dazu beitragen, den Beruf attraktiver zu machen, Beschäftigte vor Überlastung zu schützen und Fachkräfte langfristig zu sichern.

Ungleiche Strukturen zwischen den Bundesländern und die oft knappe Ausstattung der Kommunen erschweren eine verlässliche Kinderbetreuung. Notwendig sind mehr politische Koordinierung, verbindliche Standards und gezielte Investitionen in besonders belastete Bereiche.

Es braucht mehr Forschung dazu, wie Arbeitsabläufe in Kitas und im Pflegebereich so gestaltet werden können, dass sie sowohl die Belastung der Beschäftigten reduzieren und ihre Gesundheit fördern, als auch die Qualität der Versorgung und das Wohlbefinden der zu Pflegenden verbessern.

Care und Geld

Wir brauchen eine einkommensunabhängige, sozial gerechte und armutsfeste Transferleistung für informelle Pflegearbeit („Familienpflegegeld“), die auch Männer stärker in die Verantwortung nimmt. Eine Reform des Elterngeldes sollte sich an denselben Maßstäben orientieren und partnerschaftliche Aufgabenteilung fördern.

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – sämtliche bestehenden Pay Gaps sind konsequent zu schließen, sowohl zwischen Männern und Frauen als auch zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Die Pflegeausbildung muss gezielt gestärkt und der Einsatz von nicht ausgebildeten, unterbezahlten Kräften verhindert werden. Bessere Bezahlung und gesellschaftliche Aufwertung sind entscheidend, um Fachkräfte zu gewinnen, zu halten und die Pflegequalität zu sichern.



Gemeinsam laut werden

Die gesellschaftliche und ökonomische Anerkennung von Sorgearbeit muss radikal neu gedacht werden. Bestehende Strukturen sind kritisch zu hinterfragen, um sichtbar zu machen, was bislang unsichtbar bleibt: Wer profitiert von aktuellen Arbeits- und Betreuungsregelungen, wer nicht – und welche Belastungen entstehen dabei?

Wer das große Ganze in den Blick nimmt, wird erkennen, dass echte Veränderung nur gemeinsam gelingt. Denn die gute Nachricht lautet: Wir wissen längst, was schief läuft und wir können es ändern. Aber nur, wenn wir aufhören, uns kleinzureden – und anfangen, gemeinsam laut zu werden. ■





VORTRAG

Arbeit im Kontext: Zum Zusammenhang von Erwerbsarbeit, Care-Arbeit und anderen Tätigkeiten

Prof. Dr. Alexandra Scheele, Universität Bielefeld

In der aktuellen politischen Debatte werden immer häufiger längere Arbeitszeiten gefordert. Dies zeigt sich etwa in der Ablehnung einer Vier-Tage-Woche oder der Kritik an einer ausgewogenen Work-Life-Balance durch Bundeskanzler Merz sowie im Appell von Arbeitsministerin Bas, mehr Mütter in Vollzeitbeschäftigung zu bringen. Doch diese Forderungen blenden aus, dass Erwerbsarbeit nur einen Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit abbildet – darauf weist Frau Prof. Dr. Alexandra Scheele zu Beginn ihres Vortrags eindrücklich hin. Zwar ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbesondere in Westdeutschland, in den letzten drei Jahrzehnten deutlich gestiegen. Allerdings findet diese Beteiligung überwiegend in Teilzeit statt, da viele Frauen einen Großteil der Haus- und Erziehungsarbeit übernehmen. Diese Care-Arbeit wird in kapitalistischen Gesellschaften

jedoch systematisch abgewertet und vernachlässigt. Über Jahrzehnte hinweg war es die unbezahlte und vor allem unsichtbare Arbeit von Frauen, die wesentlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie das Funktionieren der Wirtschaft aufrechterhalten hat – ein Umstand, der die Illusion einer „sorglosen Gesellschaft“ (Müller 2023) bewahrte. Diese gesellschaftliche Schieflage ist tief im Kapitalismus verankert: Sein Paradigma trennt zwischen vermeintlich „produktiver“ Erwerbsarbeit und „unproduktiver“ Sorgearbeit – obwohl letztere für das gesellschaftliche Zusammenleben, für Demokratie und für die ökonomische Produktion essenziell ist. Ob in der Familie, in der Kita, im Krankenhaus oder in der Altenpflege: Care-Arbeit ist zwar nicht immer unbezahlt, bleibt trotz ihrer zentralen Bedeutung allerdings oft unsichtbar und unterbewertet. Private

und informelle Sorgearbeit wird als individuelles Vereinbarkeitsproblem behandelt – anstatt als gesellschaftlich-politische Herausforderung. Die strukturelle Abwertung wird durch bestehende gesetzliche Rahmenbedingungen zusätzlich verstärkt: das Ehegattensplitting oder die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Obwohl es längst an gesellschaftlicher Relevanz verliert, hält sich das Ernährer-Zuverdienerin-Modell vehement und trägt weiterhin zum Fortbestehen der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen bei. Die Folgen dieser politischen wie gesellschaftlichen Mechanismen: Frauen verdienen weniger, übernehmen mehr unbezahlte Arbeit und tragen häufig die doppelte Belastung aus Berufstätigkeit, Kinderbetreuung und Pflege. Diese strukturellen Benachteiligungen wirken sich auch auf die ökonomische Sicherheit und die Möglichkeiten des Vermögensaufbaus von Frauen aus. Doch nicht nur im privaten Bereich wird Care-Arbeit unterbewertet. Auch in ihrer professionalisierten Form – etwa in der Pflege, der frühkindlichen Bildung oder der sozialen Arbeit – bestehen gravierende strukturelle Defizite. Die Nachfrage nach solchen Tätigkeiten steigt, doch die Arbeitsbedingungen bleiben prekär: körperlich und emotional belastend, gesellschaftlich geringgeschätzt und schlecht entlohnt. Auch hier, so betont Prof. Dr. Scheele, zeigt sich die systematische Abwertung von Sorgearbeit. Diese Entwicklungen verdeutlichen: Es geht nicht nur um „mehr Erwerbsarbeit“, sondern um eine grundlegende Frage der Verteilung und Bewertung von Arbeit. Wer leistet welche Arbeit – unter welchen Bedingungen? Welche Tätigkeiten gelten als gesellschaftlich relevant, welche bleiben unsichtbar? Und welche Konsequenzen haben Flexibilisierung und Entgrenzung von Arbeit insbesondere für Frauen? Zum Abschluss ihres Vortrags fordert Prof. Dr. Scheele ein Umdenken: Care-Arbeit muss als gleichwertiger Bestandteil gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung anerkannt und politisch gestärkt werden – sowohl im privaten als auch im professionellen Bereich. Dafür braucht es eine neue Vollzeitnorm, die private Sorgearbeit – aber auch anderen Tätigkeiten für ein erfülltes Leben – Raum gibt. Denn: Fürsorge ist keine individuelle Angelegenheit. Sie ist die Grundlage einer solidarischen und zukunftsfähigen Gesellschaft. ■

VORTRAG

Fachkräftemangel und familiäre Care-Arbeit – Möglichkeiten und Grenzen der monetären Wertschätzung von Care-Zeiten

Prof. Dr. Jonas Hagedorn, Theologische Fakultät Paderborn

Der deutsche Sozialstaat steht vor einer doppelten Herausforderung: Häusliche Pflegearbeit bleibt bislang weitgehend ohne finanzielle Anerkennung und kann zu prekären Lebenslagen führen. Gleichzeitig ist die professionelle Sorge- und Pflegeinfrastruktur überlastet und unterfinanziert. Beide Probleme sind eng miteinander verbunden und bedrohen langfristig die Funktionsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft, folgert Prof. Dr. Jonas Hagedorn zu Beginn seines Vortrags.

Dies lässt sich anhand der Versorgung von Pflegebedürftigen und der Organisation der Pflegearbeit in Deutschland aufzeigen: Ein erheblicher Teil der Pflege hierzulande wird informell erbracht, also unentgeltlich durch An- und Zugehörige in privaten Haushalten und durch erwerbstätige Live-in-Kräfte aus Mittel- und Osteuropa. Diese Sorgearbeit ist eine zentrale Stütze im deutschen Pflegesystem, wird aber bislang nicht ausreichend abgesichert oder angemessen finanziert. Der Neunte Altersbericht (2025) empfiehlt daher z. B. eine Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige.

Wie schon im Vortrag von Alexandra Scheele ausgeführt, befindet sich auch die professionelle Pflege in einer Krise: Die Arbeitsbedingungen sind belastend, es herrscht ein enormer Kostendruck vor. Die sogenannte Baumol'sche „Kostenkrankheit“ verdeutlicht das strukturelle Problem: Personenbezogene Dienstleistungen wie Betreuung, Pflege und Erziehung lassen sich (noch) nicht wie die Arbeit in der industriellen

Fertigung rationalisieren, weil sie u. a. mit Beziehungsarbeit einhergehen. Während in der Industrie und den unternehmensnahen Dienstleistungen Arbeitsproduktivitätszuwächse erzielt werden und Löhne steigen können, steigt die Arbeitsproduktivität in der interaktiven Sorgearbeit nicht in vergleichbarem Maße. Trotzdem dürfen die Löhne auch in den Branchen mit geringen Produktivitätszuwächsen nicht hinter der allgemeinen Entwicklung der Löhne und Arbeitsbedingungen hinterherhinken. Dies führt zwangsläufig zu höheren Kosten in den Branchen sozialer Dienstleistungen. Arbeitskosten und die Preise dieser Dienst-

leistungen steigen. Um dem entgegenzuwirken, kommen vor allem zwei Strategien zum Einsatz: einerseits die Strategie der Informalisierung, d.h. die Adressierung von Ehrenamt, An- und Zugehörigen sowie die Einbindung von Live-in-Care; andererseits die Strategie der Rationalisierung, hier vor allem die Zergliederung des Arbeitshandels, die mit Deprofessionalisierung einhergeht.

Auf die Verdichtung des Arbeitshandelns in der Pflege reagieren die Beschäftigten, indem sie sich der Leih- bzw. Zeitarbeit zuwenden. Für Einrichtungen führt dies zu höheren Kosten, schwächt die Stammbeschaften und gefährdet mitunter die wirtschaftliche Existenz ganzer Träger. Dadurch steigt wiederum der Druck auf Familien, die Bedürfnisse und Bedarfe der Pflegebedürftigen jenseits professioneller Pflege zu decken.

In einer hocharbeitsteiligen Gesellschaft ist Solidarität keine private, affektive Haltung. Vielmehr ist sie der politisch-normative Schlüsselbegriff zur gesamtgesellschaftlichen Absicherung gegen soziale Risiken. Ein Ausdruck der Solidarität wäre deshalb auch das Familienpflegegeld. Die Interdependenzen in moderner Gesellschaft und der gesellschaftliche Zusammenhalt bedürfen belastbarer struktureller Solidarität, so führt Prof. Dr. Hagedorn aus. Nur dann werde sich Sorgearbeit gerecht, verlässlich und zukunftsfähig organisieren lassen. ■



WORKSHOP I:

Mehr Zeit für Care: Flexible Arbeitszeitmodelle geschlechtergerecht gestalten



Input:
Hanna Völkle
EAF Berlin

Moderation:
Dr. Sophie Ruby
Bundesstiftung Gleichstellung

In dem Workshop „Mehr Zeit für Care“ mit der Inputgeberin Hanna Völkle (EAF Berlin) und der Moderation von Dr. Sophie Ruby (Bundesstiftung Gleichstellung) diskutierten die Teilnehmende, wie Arbeitszeitmodelle sorgensensibel, flexibel und geschlechtergerecht gestaltet werden können.

Im Fokus stand Zeit als zentrale gleichstellungspolitische Ressource. Zumeist unbezahlte Sorgearbeit prägt Lebensverläufe, soziale Teilhabe und ökonomische Sicherheit, insbesondere von Frauen.

Zeitverwendung bildet strukturelle Ungleichheiten ab; klassische Unterscheidungen zwischen „produktiv“ und „reproduktiv“ greifen zu kurz. Der Gender Time Gap entsteht früh und bleibt über Jahrzehnte bestehen. Zeitsouveränität und Zeitvielfalt wurden als politische Gestaltungsziele benannt.

Aus intersektionaler Perspektive wurde deutlich: Zugang zu Zeit ist sozial selektiv. Faktoren wie Behinderung, Migration oder Armut beeinflussen, wie viel Zeit Menschen für Mobilität, Fürsorge oder Erholung aufbringen (müssen). Aktuelle Erhebungen blenden diese Aspekte bisher aus.

Starre Lebensverläufe in Erwerbsbiographien werden zunehmender realitätsferner. Vorgestellt wurden „atmende Lebensläufe“ mit Ziehungsrechten und Rückkehroptionen, etwa im Rahmen des Optionszeitenmodells mit einem Zeitbudget für selbstbestimmte Lebensphasen.

Zeit ist zudem eine Frage von Macht. Freistellungen hängen oft von Tarifbindung und betrieblicher Position ab. Besonders prekär Beschäftigte haben kaum Zugang zu Zeitoptionen. Aus gewerkschaftlicher Perspektive wurde berichtet, dass bei gesichertem Lebensunterhalt und der Wahl zwischen mehr Geld oder mehr Zeit, diejenigen die Kinder betreuen oder Angehörige pflegen, meist „mehr Zeit“ priorisieren.

Der Workshop folgte dem Prinzip der Zukunftswerkstatt. In Kleingruppen wurden Ärgernisse gesammelt, dann Visionen entwickelt und in Collagen visualisiert. Die Gruppen diskutierten nebenbei, was es politisch und wirtschaftlich braucht, um diese Visionen umzusetzen – etwa gesetzliche Zeitkonten, öffentlich finanzierte Care-Zeit oder intersektionale Gesetzgebung.

Dabei wurde klar, dass Zeitpolitik Solidaritätspolitik sein muss. Es braucht vielfältige Rollenbilder und Zeit für Gesundheit, Kultur, Selbstsorge und ehrenamtliches sowie politisches Engagement. Gefordert wurde eine Abkehr von Normbiografien sowie strukturelle Gleichwertigkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit.

Fünf Erkenntnisse wurden festgehalten: Zeitpolitik ist Gleichstellungspolitik. Lebensläufe müssen flexibel sein. Zeit ist öffentliche Infrastruktur. Politische Maßnahmen brauchen Intersektionalität. Sorgearbeit verdient Zeit, Geld und Anerkennung. ■

WORKSHOP II:

Was brauchen die Kitas der Zukunft und die Menschen, die dort arbeiten?

Input:

Dr. Judith Adamczyk,
AWO Bundesverband e. V.

Moderation:

Micaela Daschek
Vorstand ZFF



Dr. Judith Adamczyk (AWO Bundesverband) eröffnet ihren Input mit einer klaren Diagnose: Das deutsche Kita-System steht unter erheblichem Druck. Zwar besuchen über 90 % der Kinder eine Kita, dennoch fehlen vielerorts Plätze – vor allem in den westdeutschen Bundesländern. Hauptursache ist der Fachkräftemangel, verschärft durch eine hohe Arbeitsbelastung und eine hohe Teilzeitquote. Vor allem Kinder aus benachteiligten Familien besuchen Kitas seltener, obwohl sie am meisten profitieren würden. Regionale Unterschiede erschweren den Zugang zusätzlich.

Für Grundschulkinder zeichnet sich ein Hoffnungsschimmer ab dem Schuljahr 2026/2027 ab, wenn der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung greift. Doch die Umsetzung liegt bei den Ländern und ein Flickenteppich droht. Bis 2030 müssen laut Prognosen rund 400.000 zusätzliche Ganztagsplätze geschaffen werden.

Statt Verbesserungen der Rahmenbedingungen in der Kita-Landschaft (Stichwort:

Qualität) stehen derzeit politisch bundesweite Sprachstands- und Entwicklungserhebungen für Vierjährige und Startchancen-Kitas im Fokus. Doch viele strukturelle Probleme bleiben ungelöst: Kitas in sozial belasteten Stadtteilen sind personell und materiell oft schlechter ausgestattet. Ebenso fehlt bislang eine dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes mit verbindlichen Qualitätsstandards. Auch die bauliche Infrastruktur ist vielerorts unzureichend – es mangelt an kindgerechten Räumen und Rückzugsorten für das Personal.

In der Diskussion wurde deutlich: Kitas müssen sich grundlegend wandeln, um den heutigen Anforderungen gerecht zu werden. Viele Berufseinsteiger*innen sind motiviert, steigen aber wegen Überlastung frühzeitig aus. Junge Fachkräfte wünschen sich flexible Teilzeitmodelle – was mit langen Öffnungszeiten schwer vereinbar ist und häufig zu Spannungen innerhalb des Teams führt. Gleichzeitig wachsen die Erwartungen der Eltern an Betreuung, Bildung und Verlässlichkeit.

Moderiert von Micaela Daschek (Vorstand ZFF) erarbeiteten die Teilnehmenden gemeinsam konkrete Lösungsansätze. Dazu gehören gezielte Nachwuchskampagnen, ein erleichterter Quer- und Seiteneinstieg, multiprofessionelle Teams sowie flexible Arbeitszeitmodelle – etwa Tandemleitungen. Auch betriebliche Kitas und staatliche Anreize für familienfreundliche Betriebe könnten zur Fachkräftesicherung beitragen. Als großes Hindernis wurden die strukturellen Unterschiede zwischen den Bundesländern benannt. Kommunen übernehmen häufig Aufgaben, ohne über ausreichende Mittel zu verfügen. Hier wünschen sich die Teilnehmenden eine stärkere politische Koordinierung. Frühkindliche Bildung kann nur gelingen, so das Fazit aus dem Workshop, wenn gezielt dort investiert wird, wo die Herausforderungen am größten sind. Es braucht verbindliche Standards, bessere Rahmenbedingungen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Kitas, Familien, Schulen und Wirtschaft. ■

WORKSHOP III:

Care und Geld: Monetäre Wertschätzung und geschlechtergerechte Verteilung



Input und Moderation:

Nora Teuma

UN Women Deutschland

Sophie Schwab

ZFF

*mit Unterstützung bei Konzeption
und Vorbereitung von*

*Dr. Anna Saave, Albert-Ludwigs-
Universität Freiburg*

Im Workshop „Care und Geld“ mit Nora Teuma (UN Women Deutschland) und Sophie Schwab (ZFF) stand die Frage im Mittelpunkt, wie eine gerechte und nachhaltige monetäre Wertschätzung informeller Sorgearbeit gestaltet werden kann.

Nach einer kurzen Begrüßung eröffneten zwei Reflexionsfragen den Raum für eine persönliche Annäherung an das Thema: „Wie fühlt es sich an, genug Geld zu haben?“ und „Wie würdest du sorgen oder pflegen – dich und andere –, wenn jetzt sofort genug Geld da wäre?“ Diese Fragen machten eindrücklich sichtbar, wie sehr finanzielle Rahmenbedingungen das individuelle Sorgerhandeln prägen – und begrenzen.

In einer auf Erwerbsarbeit fokussierten Leistungsgesellschaft bleibt Sorgearbeit oft unsichtbar – und wird entsprechend nicht als „Leistung“ anerkannt. Das Zukunftsforum Familie möchte diesen Blick verändern. Das verbreitete Aufstiegsversprechen, wonach Anstrengung mit Wohlstand belohnt wird, greift für viele nicht – etwa im Niedriglohnsektor oder bei pflegenden Angehörigen, die häufig unter prekären Be-

dingungen leben. Ohne Care-Arbeit funktioniert weder Wirtschaft noch Gesellschaft: Rund 117 Mrd. Stunden unbezahlter Sorgearbeit stehen jährlich 60,6 Mrd. Stunden Erwerbsarbeit gegenüber. Würde diese Arbeit vergütet, entspräche das etwa 1,5 Billionen Euro – eine Summe, die zeigt: Wenn auch Sorgearbeit sich lohnen würde, wäre sie keine Armutsfalle mehr.

Im zweiten Teil stellte Nora Teuma das „5R“-Modell von UN Women zur Anerkennung und Umverteilung unbezahlter Sorgearbeit vor. Die darauffolgende Diskussion griff zentrale Aspekte des Modells auf – (1) Recognize (Anerkennen), (2) Reduce (Reduzieren), (3) Redistribute (Umverteilen), (4) Reward (Entlohnern/Wertschätzen) und (5) Represent (Repräsentieren) – und beleuchtete insbesondere, wie Sorgearbeit durch politische Maßnahmen anerkannt, entlohnt und gerechter zwischen Staat, Markt, Gemeinschaft und Geschlechtern verteilt werden kann.

Abschließend diskutierten die Teilnehmenden bestehende Leistungen wie das Elterngeld sowie Forderungen nach neuen

Modellen wie einem Familienpflegegeld. Kontrovers war die Frage, ob informelle Sorgearbeit grundsätzlich entlohnt werden sollte – mit einer deutlichen Mehrheit für eine staatlich finanzierte Leistung. Auch der Wunsch nach einer einkommensunabhängigen, armutsvermeidenden Ausgestaltung war klar erkennbar. Eine gerechte Anerkennung von Care-Arbeit müsse geschlechter- und sozialgerecht sein, existenzsichernd wirken und flexible Übergänge in oder aus der Erwerbsarbeit ermöglichen. ■



Bilanz und aktivistischer Ausblick – Wie wir gemeinsam das Patriarchat stürzen?

Almut Schnerring

Journalistin und Autorin

In einer Mischung aus Fakten, feinem Sarkasmus und persönlichen Anekdoten entlarvt Almut Schnerring ein zentrales gesellschaftliches Dilemma: Es wird viel über Leistung gesprochen, aber kaum über die, die den Laden wirklich am Laufen halten: Unbezahlte Care-Arbeit, meist von Frauen geleistet, bleibt dabei systematisch unsichtbar. Während Politiker*innen regelmäßig nach „mehr Arbeitsanreizen“ und „mehr Leistung“ rufen und die Ausweitung der 40-Stunden-Vollzeit-Woche fordern, bleibt eine entscheidende Frage unbeantwortet. Wer kümmert sich eigentlich während aller erwerbsarbeiten um die Oma? Mit Humor, aber auch analytischer Schärfe zeigt Almut Schnerring auf, wie sich ein veralteter Leistungsbegriff wie ein klebriger Kaugummi durch die Köpfe zieht: „Jeder ist seines Glückes Schmied“ – klingt gut, blendet aber aus, dass nicht alle mit dem gleichen Werkzeugkasten starten. Statt über strukturelle Ungleichheiten, Armut und fehlende Gleichstellung zu sprechen, wird in Vergleiche untereinander verfallen: Die Teilzeiterkraft vergleicht sich mit der Kollegin mit Gleitzeit, aber kaum jemand schaut auf den Hedgefonds-Manager mit Privatjet. Indem wir uns mit kleinen Unterschieden aufhalten, übersehen wir die wahren Ungleichheiten – und das nützt dem Kapitalismus.

Besonders die unbezahlte Sorgearbeit stellt Schnerring ins Zentrum: Pflegen, Trösten, Organisieren, Erziehen – all das ist Arbeit, aber für Statistiken irgendwie nicht greifbar. Denn was keinen Marktwert hat, hat im Bruttoinlandsprodukt offenbar keinen Platz. Dabei pflegen über fünf Millionen

Menschen in Deutschland Angehörige – meist ohne Bezahlung, oft am Rande ihrer Kräfte. Und wer beim Jobcenter Unterstützung beantragt, muss trotzdem sechs Stunden „richtige Arbeit“ vorweisen. Ironie? Nein, vielfach die Realität vieler Pflegenden An- und Zugehöriger. Mit einem liebevoll spöttischen Blick auf Alltagsabsurditäten – etwa, wenn 13-Jährige schriftlich bestätigen müssen, dass sie ein Bett beziehen können und es im Landschulheim dann doch die Mädchen sind, die es für die Jungs erledigen – wird deutlich: Rollenbilder verfestigen sich früh. Wo bleibt die „stille Reserve“ in Krisenzeiten? Das sind dann die Mütter, die aushelfen, wenn die Kita schließt. Denn wenn der Kapitalismus ruft, soll sich bitte jemand kümmern – aber kostenlos, still, effizient und ohne schlechte Laune.

Gleichzeitig wird ein klarer Appell formuliert: Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle, die Care-Arbeit mitdenken, eine gerechtere Verteilung von Vermögen und Verantwortung – und vor allem eine Gesellschaft, die Care-Arbeit nicht nur duldet, sondern ehrt. Equal Care bedeutet

eben nicht nur, dass alle mal Windeln wechseln, sondern dass Fürsorge als zentrale gesellschaftliche Aufgabe verstanden wird – nicht als privates Schicksal einzelner Frauen. Die radikale Pointe von Almut Schnerring: Vielleicht reicht es eben nicht mehr, freundlich um Anerkennung zu bitten. Vielleicht müssen wir radikal neu denken – im Sinne des Wortes – von der Wurzel her. Vielleicht müssen Kita und Müllabfuhr gemeinsam streiken, die Mütter das Kind zum Arbeitsplatz des Vaters bringen, und sich alle endlich fragen: Für wen funktioniert dieses System eigentlich – und auf wessen Kosten?

Was bleibt, ist die Einladung zum Zusammenschluss: Wer sich nicht länger mit der Kollegin nebenan messen will, sondern das große Ganze in den Blick nimmt, wird erkennen, dass echte Veränderung nur gemeinsam gelingt. Denn die gute Nachricht lautet: Wir wissen längst, was schief läuft und wir können es ändern. Aber nur, wenn wir aufhören, uns kleinzureden – und anfangen, gemeinsam laut zu werden, endet Almut Schnerring. ■



ABSCHLUSS



Birgit Merkel
stellv. Vorsitzende des ZFF

Manuel Becker,
stellv. Vorsitzender des ZFF

Die Tagung „Care, Arbeit, Zukunft – wer kümmert sich morgen und wie wird's gerecht?“ hat zentrale gesellschaftliche Herausforderungen ins Zentrum gerückt: die strukturelle Unsichtbarkeit von Sorgearbeit, ihre ungleiche Verteilung sowie die Notwendigkeit, Care als gesamtgesellschaftliche Aufgabe neu zu denken. In Vorträgen, Workshops und Diskussionen wurde deutlich: Es mangelt nicht an Wissen oder Erfahrungen – sondern an politischem Willen, diese endlich in strukturelle Veränderungen zu überführen.

„Die Stimmen aus Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zeigen: Auch wenn Care-Arbeit oft im Verborgenen geschieht, darf sie nicht länger unsichtbar bleiben – sie braucht gesellschaftliche Sichtbarkeit und Anerkennung“, betont Birgit Merkel, stellvertretende Vorsitzende des Zukunftsforum Familie.

„Jetzt ist der Moment, Druck zu machen. Wer sich heute kümmert, darf nicht auf morgen vertröstet werden“, so Manuel Becker, ebenfalls stellvertretender Vorsitzender. Die Tagung habe gezeigt, dass

Alternativen existieren – und dass viele Akteur*innen bereit sind, diese gemeinsam umzusetzen.

Die Dokumentation der Tagung wird verbreitet und gezielt in politische Prozesse eingespeist – etwa im Kontext geplanter Reformen zum Elterngeld, zur Familienförderung oder zur Pflegeinfrastruktur. Die Veranstaltung versteht sich damit als Auftakt für eine breitere gesellschaftliche Allianz: für mehr Sichtbarkeit, Gerechtigkeit und Anerkennung von Sorgearbeit – heute und in Zukunft. ■



Das Zukunftsforum Familie (ZFF) ist ein familienpolitischer Fachverband, der sich für die Interessen von Familien einsetzt und für soziale Gerechtigkeit in der Familienpolitik kämpft. Für das ZFF ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Das ZFF wurde 2002 auf Initiative der AWO gegründet und ist derzeit 82 Mitglieder stark. ■

Impressum

Herausgeber:
Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF)

Texte:
Ravna Siever, Nikola Schopp,
Sophie Schwab

Redaktion:
Nikola Schopp

Fotos:
Sebastian Jacobi, Berlin

Gestaltung:
büro G29, Aachen

Druck:
vierC print+mediafabrik GmbH & Co. KG

Auflage:
100 Stück

Zukunftsforum Familie e.V.
Michaelkirchstr. 17/18, 10179 Berlin
Telefon: 030 2592728-20
Telefax: 030 2592728-60
info@zukunftsforum-familie.de
www.zukunftsforum-familie.de

Berlin, Oktober 2025

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend